

# Solidarität



## Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3 gepaltene Pettzeile 1,- RM.  
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 26 • 37. Jahrgang

Berlin, den 27. Juni 1931

## Zehnter Ordentlicher Verbandstag in Stuttgart

Der Zehnte Ordentliche Verbandstag nahm am 22. Juni 1931 in Stuttgart seinen Anfang. In den freundlichen Räumen des Höhenrestaurants „Schönblau“ versammelten sich die Delegierten, die Verbandsleitung und die Gäste, herzlich begrüßt von den Vertretern der Stuttgarter Mitgliedschaft.

### Empfang in Stuttgart

Vom frühen bis späten Nachmittag rollen die Jüge heran, die aus allen deutschen Gauen die Delegierten des Verbandes im Dienste der ihnen gewordenen Aufgabe in der schwäbischen Metropole zusammenführen. Einheimische Kollegen harren geduldig in der riesigen, lichtdurchfluteten Bahnhofshalle, um ihren Arbeitsbrüdern und -schwwestern aus dem Reich den ersten Gruß zu entbieten und mit stadtkundiger Führung erleichternde Hilfe zu leisten. Auf der Verkehrsinsel des weiten Vorplatzes ein breites farbenfrohes Transparent: die Stadt selbst heißt die Vertreter der im Verband geeinten Nacht herzlich willkommen. Ihre Schritte erreichen in wenigen Sekunden das Verkehrsbüro, drinnen sie mit kollegialer Herzlichkeit den Händedruck der Stuttgarter Funktionäre empfangen und erwidern, die mit anerkennenswerter Bereitwilligkeit die vielseitigen und wohl auch mühevollen Pflichten des Gastgebers auf sich genommen haben.

Noch ist es hell. Überall in der Stadt — in den Parks, auf den Plätzen, an den Theatern, Schlössern, am Rathaus — begegnen sich plaudernde Gruppen von Delegierten, die wenigen Stunden nützend, um die mit Recht hochgeprägten Eigen- und Einzigartigkeiten der Tagungsstadt aus eigener Schau zu erleben. Immer wieder aber richten sich ihre Blicke erwartungsvoll zu jenem von fernher sichtbaren Berggipfel hin, der von einem weißschimmernden Hochhausturm gleichsam gekrönt wird: zur Stätte der Tagung, die morgen ihren Anfang nimmt.

Und am Morgen des Sonntages windet sich eine Kette von Menschen die Serpentinstraßen des Berges hinauf. Herz und Verstand sind das Kräftezeug, das die vorwärtsschreitenden Männer und Frauen dem Ziele entgegengetragen. Bevor sie das breite Portal des Höhenrestaurants durchschreiten, bleibt ihr Auge noch kurze Weile an einem Transparent haften, das ihnen wiederum herzliches Willkommen zuruft. Dann nimmt sie der Saal auf, in dem sie ihrer Berufung getreu am Werke des Verbandes schaffen werden.

Was doch freundlicher Sinn aus Bescheidenem Eindrucksvolles zu gestalten vermag!

Hell fluten durch die östliche Glaswand die Strahlen der Sonne herein und gießen sich über ein Bild, das verdient, nie vergessen zu werden. Die hohen, weißen Seitenwände sind ausgeschlagen mit den kräftigen Farben des republikanischen Banners. Schwarz-Rot, die württembergische Landesfahne, und Schwarz-Gelb, die Stadtfahne Stuttgarts, ergänzen die leuchtende Sinfonie der Farben. Neben dem Eingang — von frischen Tannengirlanden umrahmt — schaut der kluge, gewaltige Kopf unserer toten Paula Thiede, erinnernd und mahnend zugleich, auf jenes Gremium herunter, das ihr eigenes Werk fortgeltend vorwärtsragen hilft.

Langsam füllt sich der Saal. Immer wieder fallen Worte der Anerkennung für die Stuttgarter Kollegenschaft, die in dieser Notzeit mit bescheidenen Mitteln, aber mit desto größerem Geschick und Fleiß den angenehmen Rahmen schuf, innerhalb dessen sich erster Arbeit um so eher Herr werden läßt.

Und dann erklingt die Glocke des Verbandsvorsitzenden, die Vertreter des Verbandes gemahnend, daß nun die Zeit verantwortungsvollen Dienstes angebrochen ist.

Dem offiziellen Beginn des Verbandstages ging eine Geschäftssitzung voraus, in der das Büro und die Kommissionen gewählt wurden. Zu Vorsitzenden des Verbandstages wurden bestimmt der 1. und 2. Verbandsvorsitzende, die Kollegen Pucher und Horne, und der Gauleiter von Württemberg, Kollege Hugo Werner; zu Schriftführern Willi Grohmann (Berlin), Pünjer (Bremen), Fichtner (München) und Anna Koh (Leipzig).

Als Tagesordnung wurde einstimmig festgesetzt:

### Tagesordnung:

1. Berichte a) des Verbandsvorsitzenden, b) des Verbandsassistenten, c) des Beiratsvorsitzenden, d) des Redakteurs, e) des Obmanns der Revisionskommission.
2. Tarif- und Lohnbewegungen.
3. Statutenberatung.
4. Die Strukturwandlungen in der deutschen Wirtschaft.
5. Die Gewerkschaften in Wirtschaft und Staat.
6. Agitation.
7. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit für den Befreiungskampf der Arbeiterschaft.
8. Wahlen des Verbandsvorstandes, des Redakteurs und der Revisoren.
9. Festsetzung der Gehälter, Entschädigungen und der Tagungsgelder der Delegierten.
10. Verschiedenes.

Die Wahlen zu den Kommissionen hatten folgendes Ergebnis:

Mandatprüfungskommission: Stache (Berlin), Busse (Hannover), Kiel (Köln), Lina Wolf (Dresden), Sellge (Hamburg).

Statutenberatungskommission: Weber (Barmen), Röth (Kassel), Strickel (Karlsruhe), Schmid (München), Täubrich (Dresden), Wolken (Leipzig), Klarholz (Detmold), Blankenburg (Berlin), Kirchner (Hamburg).  
Dienstkommision: Franz (Dresden), Hüttig (Frankfurt a. M.), Sellge (Hamburg), Schmid (München), Gloth (Berlin).

Alle Wahlen erfolgten einstimmig. Die vorliegende Geschäftsordnung wurde ohne Änderung angenommen.

Die offizielle Eröffnung des Verbandstages erfolgte am

Montag, den 22. Juni 1931

in Anwesenheit der Delegierten und der in- und ausländischen Gäste, nachdem am Abend zuvor die Stuttgarter Mitgliedschaft den Verbandstag in einer festlichen Veranstaltung willkommen geheißen hatte.

In der Eröffnungsrede verweist Verbandsvorsitzender Kollege Pucher auf die wirtschaftliche Situation, die Not und Glend für die Arbeiterschaft gebracht hat. Die Organisationen haben die Aufgabe, die schlimmsten Auswirkungen dieser Krise zu mildern, wozu unser Verband bereits das Seinige getan hat. Ein Grund zum Verzweifeln liegt nicht vor, wir brauchen Mut und Kraft für unsere weitere Arbeit.

Der Verbandsvorsitzende gedenkt in einem ehrenden Nachruf der Mitglieder, die durch den Tod von uns gegangen sind.

Kollege Pucher begrüßt dann die Gäste des Verbandstages.

Erschienen sind vom Verband der Deutschen Buchdrucker Kollege Schweinik, von den Buchbindern Kollege Hauzeisen, von den Steinrudern Kollege Herbst. Außerdem sind anwesend vom DGB, Grafmann, vom Ortsauschuß Stuttgart Endreß, vom Württembergischen Landesarbeitsamt Oberregierungsrat Dietrich, von der Stuttgarter Stadtverwaltung Verrechnungsdirektor Lempert und von der Bau- und Heimstätte Stuttgart Körjot. Das Internationale Buchdrucker-Sekretariat ist vertreten durch Grundbacher (Bern), der Internationale Bund der Lithographen und Steinrunder durch Koelso (Amsterdam), der Reichsverein der Österreichischen Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter durch Wiczek (Wien), der Österreichische Senefelder-Bund durch Grünwald (Wien), die graphischen Hilfsarbeiter in der Tschechoslowakei durch Anna Botava (Prag) und Groß (Brünn) und der Zentralverein der Lithographen und Steinrunder in Prag durch Rominec.

Das Reichsarbeitsministerium ist einer Einladung nicht gefolgt, obwohl der frühere Minister Brauns davon hat, auf den Verbandstagen der freien Gewerkschaften vertreten zu sein. Jetzt soll die Geschäftslage des Ministeriums eine Vertretung nicht gestatten, und doch ist das Ministerium auf weniger wichtigen Tagungen, allerdings nicht der Arbeiterschaft, oft vertreten. Vielleicht ist es dem Ministerium peinlich, hier auch etwas Unangenehmes zu hören, was ihm allerdings doch zu Ohren kommen wird.

Begrüßungstelegramme sind eingegangen vom Württembergischen Wirtschaftsministerium, von der Graphischen Union in Reichenberg, vom Lindcar-Fahrradwerk, von den Kollegen Medro, Müller, Bertram und Loemen aus Hamburg, von Kollegin Krapp aus Königsberg, von der Zahlstelle Neuröde, vom Kollegen Richter aus Leipzig, von der Kollegenschaft des „Hamburger Echo“, vom Kollegen Behrendt aus Leipzig, vom Kollegen Larm aus Danzig, von der Kollegenschaft der GeD-Druckerei in Stuttgart.

### Präsenzliste

Gau I. Rheinland-Westfalen: Ferdinand Heilmann (Köln a. Rh.), Clemens Kiel (Köln a. Rh.), Otto Herrmann (Dortmund), Wilhelm Weber (Wuppertal), Wilhelm Meß (Düsseldorf), Anselm Stöck (Saarbrücken), Karl Böhm (Rehndt).

Gau II. Frankfurt a. M.-Hessen: Anton Kasb (Frankfurt a. M.), Walter Hüttig (Frankfurt a. M.), Adam Müller (Mainz), Hans Röth (Kassel).

Gau III. Württemberg, Baden, Bayr. Pfalz: Hugo Werner (Stuttgart), Marie Joos (Stuttgart), Karl Brabant, Stuttgart), Franz Strickel (Karlsruhe), Joseph Stifel (Freiburg i. Br.).

Gau IV. Südbayern: Fritz Wehmeier (München), Hans Bauer (München), Wilhelm Fichtner (München), Marie Helmberger (München), Leonhardt Koppold (Mugsburg).

Gau Va. Nordbayern: Karl Kettling (München), Frieda Braunwald (München), Mathilde Deeg (München).

Gau V. Sachsen: Franz Herrmann (Dresden), Arthur Täubrich (Dresden), Arthur Franz (Dresden), Lina Wolf (Dresden), Margarete Borkowik (Dresden), Fritz Arndt (Bischofsverda), Ernst Sorge (Meißen), Arthur Bär (Jittau).

Gau VI. Provinz Sachsen-Thüringen: Joseph Wambacher (Erfurt), Kurt Bendkenstein (Erfurt).

Gau VII. Leipzig: Walter Fener (Leipzig), Otto Thielemann (Leipzig), Karl Wolken (Leipzig), Georg

Stamm (Leipzig), Anna Koh (Leipzig), Richard Springer (Leipzig), Friedrich Storch (Leipzig), Siddegard Wn (Leipzig), Klara Wöge (Leipzig), Gustav Späth (Leipzig).

6 a u VII. **Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen:** Franz Stichert (Stettin), Willi Schulz (Stettin), Otto Padak (Königsberg i. Pr.).

6 a u VIII. **Schlesien:** Max Reinhold (Breslau), Georg Maliski (Breslau), Paul Kaufmann (Glogau).

6 a u VIII. **Berlin:** Otto Stoth (Berlin), Richard Borchard (Berlin), Erich Brauer (Berlin), Richard Günther (Berlin), Elisabeth Harder (Berlin), Max Hofmann (Berlin), Gustav Kühn (Berlin), Karl Vohl (Berlin), Erich Selig (Berlin), Oskar Stache (Berlin), Richard Wendisch (Berlin), Richard Wolter (Berlin), Max Blankenburg (Berlin), Gutan Grohmann (Berlin), Willi Grohmann (Berlin), Ida Richter (Berlin), Frieda Grufz (Berlin), Franz Kujath (Berlin), Paul Schulze (Potsdam).

6 a u VIII. **Provinz Sachsen (nördlicher Teil):** Paul Föpel (Magdeburg), Wilhelm Seeländer (Magdeburg), Walter Niemann (Mehrsleben).

6 a u IX. **Provinz Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Lippe-Deimold:** Wilhelm Sparck (Hannover), Heinrich Busse (Hannover), Frieda Rose (Hannover), Karl Spalhoff (Bielefeld), Fritz Klarholz (Detmold).

6 a u X. **Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Bremen:** Hermann Lohse (Hamburg), Karl Sellge (Hamburg), Karl Kirchner (Hamburg), Liesbeth Kludas (Hamburg), Fritz Pünjer (Bremen), Fedor Münzer (Rostock).

6 a u XI. **Danzig:** Konrad Grefenz (Danzig).

**Verbandsvorstand:** Engelbert Bucher, 1. Vorsitzender; Ernst Hornte, 2. Vorsitzender; Heinrich Lodaß, Kassierer; Richard Arnold, Beisitzer; Erna Börmel, Beisitzer; Oskar Schäfer, Beisitzer; Otto Kahn, Beisitzer; Oswald Schulze, Beisitzer; Martha Merker, Beisitzer.

**Verbandsbeirat:** Albert Schmid (München).

**Redaktion der „Solidarität“:** Karl Schulze, Redakteur.

**Revisionskommission:** Emil Fornselt (Berlin).

**Verbandsbeiratsmitglieder, die nicht als Delegierte gewählt wurden:** Joseph Justen (Köln a. Rh.), Karl Kleemann (Frankfurt a. M.), Reinhold Schulz (Berlin).

Kollege Schulze (Naumburg) ist durch Unglücksfall leider verhindert, sein Mandat als Delegierter auszuüben.

Nach der Ansprache des Verbandsvorsitzenden nimmt Kollege Werner (Stuttgart) das Wort zu einer herzlichen Begrüßung. Die Arbeiten der Stuttgarter Mitglieder haben zu schönen Erfolgen auf organisatorischem und tariflichem Gebiet geführt. Die Stuttgarter Mitglieder freuen sich, die Abgeordneten des Verbandes in ihrer Stadt willkommen zu heißen.

Der Verbandstag wird dann begrüßt von den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden und von den Vertretern der Arbeitererschaft.

Kollege Schweinik vom Verband der Deutschen Buchdrucker sprach im Namen der im Graphischen Bunde vereinigten Verbände. Er warnt vor Pessimismus, wozu unser Verband keine Ursache hat. Die Zeitumstände werden uns noch mehr als bisher zu engen kameradschaftlichen Arbeiten zwingen.

Vom Ortsauschuß Stuttgart wünscht Kollege Endreß dem Verbandstag einen guten Verlauf. Kollege Wlezek (Wien) sprach im Namen des österreichischen Bruderverbandes, er schilderte die schweren Arbeiten seines Verbandes auf tariflichem Gebiet. Der Vertreter des Zentralverbandes der Lithographen und Steindruckers in der Tischgösslwarte und die Kollegin Pötava als Vertreterin der graphischen Hilfsarbeiter in Prag grüßen den Verbandstag, ebenfalls Kollege Groß als Vertreter der Hilfsarbeiter aus Brünn.

Es folgt der Bericht des Verbandsvorsitzenden Kollegen Bucher. Über die Tätigkeit des Verbandsvorstandes sind die Kollegen und Kolleginnen aus den ausführlichen Berichten, die der Vorstand alljährlich herausgegeben hat, unterrichtet. Der Mitgliederstand ist bis zum letzten Jahr stabil geblieben; der Mitgliederrückgang im Jahr 1930 ist auf die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen. 8500 Mitglieder sind zur Zeit ohne Beschäftigung, davon werden wahrscheinlich mehr als die Hälfte nicht mehr im Gewerbe untergebracht werden können. Der Grund liegt in dem Fortschritt der Technik, in der Vervollkommnung der Maschinen, in der rücksichtslosen Rationalisierung zu suchen. Jeden Fortschritt nehmen die Unternehmer in erster Linie für sich in Anspruch. Aber auch unsere Mitglieder waren oft zu leicht geneigt, den Neuerungen im Gewerbe zu folgen, weil ihnen manchmal ein Vorteil geboten schien. Auch das Überstundenunwesen hat sich nachteilig für die Kollegenschaft ausgewirkt. Auch wir sind in den Strudel der Abwabbewegungen mit hineingerissen worden. Unsere Unternehmer werden immer brutaler. Den ersten Angriff konnten wir noch ab schlagen, doch hat uns wenig später die sogenannte un-

parteiische Schlichterseite eine Lohnsenkung gebracht. Auf der ganzen Linie sehen wir den Kurs, daß die Lebenshaltung der Arbeitererschaft herabgedrückt wird. Das Arbeitsministerium legte sich auf die Forderungen der Unternehmer fest, durch Kapitalbildung die Lebenshaltung der Arbeitererschaft zu verschlechtern. Bei der Abwehr mußten wir leider einsehen, daß wir nicht alle gewerkschaftlichen Mittel einsehen konnten. Größtmöglicher Widerstand wurde zwar geleistet, hat aber bei dem Fatalismus der Kollgenerschaft nicht immer zum Erfolg geführt. Die Leitung des Verbandes kann nichts durchführen, wenn die Mitgliedschaft nicht geschlossen hinter ihr steht. Bei „Lohn- und Tarifbewegungen“ werden wir uns noch eingehender mit diesem Thema beschäftigen. Was gesehen konnte, ist geschehen. Wir haben versucht, auch auf anderen Gebieten unsere organisatorischen Aufgaben zu erfüllen. In finanzieller Hinsicht haben wir gut gearbeitet und schöne Erfolge erzielt. Ob sie weiter bestehen bleiben, hängt von den Beschlüssen des Verbandstages ab. Bei der gebotenen Rücksichtnahme auf die Kassenverhältnisse konnten wir Experimente auf dem Unterstützungsgebiet nicht wagen. Der Redner gibt dann die Änderungen in der personellen Verwaltung bekannt. Mit dem Posten des pensionierten Gauleiters von Thüringen, des Kollegen Behrendt, wurde Kollege Wambacher betraut. In Bielefeld wurde für den verstorbenen Kollegen Just Kollege Spalhoff angestellt. Für Wambacher ist in Hannover Kollege Busse gewählt worden. Der Verbandsvorsitzende bittet um eine gerechte Beurteilung der Tätigkeit der Verbandsleitung.

Die Teilnahme des Berichterstatters der kommunizistischen Presse lehnt der Verbandstag einstimmig ab.

Verbandsstassierer Lodaß: Die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse hat sich in der letzten Verbandsperiode anders vollzogen, als es sonst der Fall war. Die Einnahmen aus Beiträgen sind zurückgegangen, während die Ausgaben ständig gestiegen sind. Im letzten Jahre hat sich beides ausgeglichen. Von 45 Beiträgen durchschnittlich pro Jahr und Mitglied sind wir auf ungefähr 36 Beiträge gekommen. Am 175 000 M. sind die Beiträge gesunken. Gegen das Vorjahr ist eine Mindereinnahme von 64 000 M. festzustellen. Der Wochenbeitrag beträgt für dieses Jahr im Durchschnitt 92,8 Pf., ist also gestiegen. Die Steigerung wird aber nicht anhalten, da die Löhne gesunken sind. Mit den Beiträgen sind aber auch die Unterstützungen gestiegen, die Tagesätze für Unterstützung ungefähr um das Doppelte. Jeder Arbeitslose wird „heute“ „ausgesüßert“. „Die“ gekündigten „Unterstützungen“ haben eine Steigerung von 145 Proz. erfahren. Neue Ausgaben sind uns entstanden durch die Einführung der Bildungsurse und die internationalen Verpflichtungen. Trotzdem ist unser Kassenbestand anerkanntswert, der Zinsendienst ist gut, wir konnten durch Einnahmen aus Zinsen große Ausgaben decken. Es meldet sich jetzt allerdings schon ein Gau, der Zuschüsse aus der Verbandskasse fordert. Das Kopfvormen hat sich in den drei Jahren verdoppelt, von 51 M. auf 102 M. Der Redner macht dann Ausführungen über die Invalidentasse. Eine Anzahl von Anträgen mußte abgewiesen werden, da die Berechtigung nicht erwiesen werden konnte. Der Verbandsstassierer gibt einige interessante Fälle bekannt. Bei der Einführung der Invalidentenunterstützung sind wir sehr großzügig gewesen, wie wohl kein anderer Verband. Im allgemeinen können wir mit unseren Finanzen noch zufrieden sein.

Kollege Kolesovs von der Berufsinternationale der Lithographen und Steinbruder aus Amsterdam spricht dann zum Verbandstag über die internationale und unsere organisatorische Tätigkeit. Der Gewerkschaftsapparat muß unbedingt intakt gehalten werden, auch durch die Zusammenarbeit von Fach- und Hilfsarbeitern. Wegen der Wichtigkeit und Bedeutung der Hilfsarbeit in den Betrieben mußte eine internationale Verbindung mit dem Hilfspersonal geschaffen werden. Der Redner verbreitet sich dann über die vorliegenden Arbeiten in der Berufsinternationale. Das vorliegende Arbeitsprogramm wird nur unter schweren Kämpfen erfüllt werden können. Fach- und Hilfsarbeiter haben das größte Interesse daran, daß ihre Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ländern nicht zu stark voneinander abweichen. Unsere internationale Verbindung muß segensreiche Folgen haben.

Albert Schmid (München) erstattete den Bericht des Beirats, der zu tief einschneidenden organisatorischen Fragen noch nicht Stellung zu nehmen hatte. Er anerkennt ein inalgnes Zusammenarbeiten mit allen Funktionären und Instanzen. Maßnahmen der Verbandsleitung brauchen nicht beanstandet zu werden. Der Redner wendet sich gegen das unverantwortliche gefährliche Treiben der KGD. Wer gewerkschaftsschädigend wirkt, hat in unseren Reihen nichts zu suchen. Trotz der Warnung in der „Solidarität“ haben sich einige Kollegen zu Dummbheiten verleiten lassen und mußten ausgeschlossen werden. Beschwerden gegen diese Ausschüsse wurden eingehend geprüft, mußten aber zurückgewiesen werden. Im Beirat bestand darüber

volle Einmütigkeit. Vielleicht wäre die Zahl der Ausschüsse noch größer geworden, wenn nicht sofort energig durchgegriffen worden wäre.

Schulze erstattete dann einen kurzen Bericht über die Redaktion der Verbandszeitung.

Fornselt ist als Obmann der Revisionskommission hat keine Beanstandung bei den Revisionen der Verbandskasse gefunden, er beantragt Entlastung.

### Die Debatte.

Richard Günther (Berlin). Er ist in der angenehmen Lage, die Arbeit der Redaktion anzuerkennen. Er wünscht eine stärkere Behandlung der Arbeitslosenversicherung. Ich habe mich gewundert, daß niemand zur Begründung der Anträge zum Industrieverband das Wort genommen hat. In dieser schweren Zeit ist es nicht zweckmäßig, viel über gewerkschaftliche Formen zu reden. Wir haben nichts zu dem Gesagten in Hamburg und Köln hinzuzufügen, die Frage des Industrieverbandes wird ihre konkrete Lösung zwangsläufig finden.

Kasman (Glogau). Der Antrag zum Industrieverband ist nicht gestellt worden, um die Tätigkeit des Vorstandes zu kritisieren, er bittet aber, die Frage weiter zu behandeln.

Lohse (Hamburg) wünscht, daß sich die Delegierten aus den Betrieben mehr zu dem Geschäftsbericht äußern. Er ist mit der Tätigkeit des Vorstandes im allgemeinen einverstanden, obwohl noch besondere Wünsche vorhanden sind, auch in der Ausgestaltung der Zeitung. Der Kieler Antrag ist auf einer Mitgliederversammlung angenommen worden; da kein Delegierter von Kiel anwesend ist, kann er ihn nicht vertreten. Die Delegierten seines Gau, die anwesend sind, lehnen eine Vertretung dieses Antrages ab.

Wambacher (Erfurt). Wir müssen auf schärfsten Widerstand bei Ablauf des Lohntarifs rechnen. Im Gau Thüringen haben sich die Gauleiter der vier graphischen Verbände zu gemeinsamer Arbeit gefunden. Man kann, wie man sieht, auch ohne Industrieverband weiterkommen. Bezüglich der Redaktion schließt sich der Redner den Ausführungen von Günther an. In Halle mußte die Leitung der Jahrestelle abgesetzt werden, da sie für die KGD. agitierte. Halle ging ständig zurück, die Kommunisten hätten sie, wenn nicht zugegriffen worden wäre, vollständig ruiniert. Die Maßnahmen der Gauleitung wurden von der Leitung in Halle völlig ignoriert. Der Redner gab Einzelfälle bekannt, die sein Vorgehen in Halle erklären.

Wolter (Berlin) schließt sich den Ausführungen Günthers an bezug auf den Antrag zum Industrieverband an. Den Standpunkt von Lohse kann er nicht recht verstehen. Die Zusammenschlüsse der Unternehmer sollten uns Vorbild sein, er begrüßt die Anträge zum Industrieverband. Er hofft dadurch auch auf Ersparnisse.

Koppold (Augsburg) drückt seine Anerkennung mit der Tätigkeit des Verbandsvorstandes und mit der Redaktion aus.

Artur Franz (Dresden) spricht über seine Tätigkeit als Beiratsmitglied, der Beirat hat gut mit dem Vorstand zusammengearbeitet. Er fragt an, warum der Verbandsstassierer zu dem Invalidentfonds nicht die Zinsen zugerechnet hat. Mit der Tätigkeit der Redaktion ist er einverstanden, bittet aber um mehr Berücksichtigung von Betriebsstättfragen, lange Berichte können fortbleiben. In bezug auf den Antrag zum Industrieverband erklärt der Redner, daß wir stark genug sind, um auf eigenen Füßen zu stehen.

Blankenburg (Berlin). Die Delegierten müssen sich bewußt sein, was für die Zukunft zu geschehen hat. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß die Zahl der Arbeitslosen abnimmt, man kann aber auch damit rechnen, daß sie nicht weiter steigt. Der Redner wünscht eine Stellungnahme gegen die Notverordnung. Der Verbandstag muß Mittel und Wege finden, für die Arbeitslosen und inaktiven Mitglieder etwas zu tun. Es wird kaum einen Verband geben, der im Krisenjahr 1930 eine so beträchtliche Vermögenszunahme erzielt hat.

Münzer (Rostock). Die Frage des Industrieverbandes ist in der gegenwärtigen Situation nicht aktuell, es gibt andere Fragen, die dringend der Lösung bedürfen.

Spalhoff (Bielefeld). Man dient einer Sache nicht, wenn man ständig auf ihr herumreitet. Das soll sich Günther in bezug auf den Industrieverband gesagt sein lassen. Wir sind immer bereit, mit den anderen graphischen Verbänden gemeinsam zu handeln. Das Verhalten des Reichsarbeitsministeriums ist wohl aus dem Umstand zu erklären, daß der Minister Angst vor der Verantwortung hat. Die Arbeitslosen haben von der Brauns-Kommission nichts zu erwarten. Das energigste Vorgehen der Verbandsleitung gegen die Schädlinge aus der KGD, billigt der Redner.

Karl Vohl (Berlin). Der Bericht des Vorstandes ist wider Erwarten leicht ausgefallen. Die Darlegungen von Bucher werden Mitstimmmungen in Kollegentreifen auslösen, die Abrechnung mit den Methoden des



Kapitalismus ist nicht in genügendem Maße erfolgt. Mit der Zeit wird es langweilig, sich immer wieder mit Umformungen der Organisation zu beschäftigen. Wir müssen es ablehnen, uns ständig bei dem anderen Partner anzubiedern. In Berlin haben wir Abmachungen mit den Buchdruckern, die einer Gemeinschaftsarbeit gleichkommen, obwohl wir nicht immer übereinstimmen. Groß war nach der entschiedenen Sprache in den Verbandszeitungen die Enttäuschung, als wir uns mit dem Schiedsgericht abfinden mußten. Er verlangt Aufschluß über die Zusammenhänge im Ausgang der Lohnbewegung.

Gustav Kühn (Berlin). Die Zurückhaltung mancher Kollegen in den Betrieben sind Symptome der Zeit und müssen entsprechend gewertet werden. Bei den Unterstellungen unserer Arbeitslosen müssen Auswege gefunden werden, schon um der wüsten Agitation der Kommunisten und Nazis den Boden zu nehmen. Die Altersgrenze bei den Bildungstufen ist oft ungerecht, man soll auch den älteren Kollegen den Weg zu den Bildungsstätten freimachen. Die Arbeit des Beitrags ist anzuerkennen. Als Mitarbeiter der Zeitung soll man den Kollegen, die nicht schriftgewandt sind, helfen und nicht die Arbeit durch abfällige Kritik erschweren. Auch als Mitglieder des Betriebsrats sollten die Kollegen mehr gefördert werden. Am besten dient man der Zusammenarbeit der graphischen Arbeiter durch kollegiale Verkehr bei der Tätigkeit in den Betrieben.

Adam Müller (Mainz). Bei dieser Aussprache wird mehr kritisiert, als vielleicht gut ist. Wir müssen auch auf den Eindruck nach außen hin achten. Übt man Kritik, muß man auch sagen, wie es besser gemacht werden kann. Die Gewerkschaften sind das festeste Bollwerk der Arbeiterschaft, wir glauben, daß die Scharte, die uns geslagen wurde, auf wieder ausgeweht werden kann. Der Redner bringt eine Vertrauensresolution für die Verbandsleitung ein.

Stamm (Leipzig). Die Arbeiten der Verbandsleitung müssen anerkannt werden, wenn auch nicht alles gefallen hat. Die Geschichte der Organisation sind gut geleitet worden. Über die Kassenlage unterhalten wir uns am besten bei der Statutenberatung. Die Beschlüsse gegen die A.G.O. sind zum Nutzen für die Organisation gewesen, hier muß fest zugegriffen werden. Es muß festgestellt werden, daß die Wünsche des letzten Verbandstages über die „Solidarität“ erfüllt wurden. Der Redner schloß sich den Ausführungen von Günther über die Zeitung an und bittet um Annahme der eingebrachten Entschließung zum Industrieverband. Die Zusammenarbeit der Verbandsvorstände in... den graphischen Organisationen ist gut.

Lehmeyer (München). Es ist erfreulich, daß diesmal wenig Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes geübt wird, obwohl wir einen Lohnabbau gehabt haben. An der Lohnsenkung war nicht Vorstand und Verband schuld, sondern die staatlichen Stellen, die einen gesetzlichen Zwang auf uns ausgeübt haben. Den Lohn konnte die Regierung wohl kürzen, nicht aber die Senkung der Preise ermöglichen. In der Frage des Industrieverbandes sollte der Verbandstag die eingebrachte Entschließung annehmen.

Seilmann (Köln). Jedem Diskussionsredner ist es schwer gefallen, Kritik zu üben. Die Arbeiten des

Vorstandes sind bei den Mitgliedern anerkannt worden, im besonderen auch im Gau I. Es ist gut, daß der Vorstand den Gewerkschaftsvertretern rechtzeitig ein Halt bot. Wir mußten im Gau auch zu Ausschüssen schreiben. Tarif- und Lohnbewegungen haben sich heute ausgewirkt zu großen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen. Tarifpolitik ist, mit möglichst geringen Opfern zu Erfolgen zu kommen. In der Industrieverbandsfrage muß endlich Schluß gemacht und auf jene bereits angenommenen Entschlüsse anderer Verbandsstage verwiesen werden. Die hier vorliegende Resolution sollte im Fettdruck in der „Solidarität“ erscheinen. Wir beantragen, der Verbandsleitung unser Vertrauen auszudrücken.

Oskar Schärer vom Verbandsvorstand. Die A.G.O. darf nicht mit Handschuhen angefaßt, hier muß fest zugegriffen werden. Mit welchen Mitteln dort gearbeitet wird, zeigt die Wahl der Delegierten in Berlin. Der Redner verliest einige Zitate aus Flugblättern der A.G.O., die die Mitglieder und den Vorstand herabsetzen und unwahre Behauptungen in die Welt setzen.

Günther (Berlin) erklärt, daß er mit dem Ausdruck „manche“ nicht Organisationen nicht unseren Verband gemeint hat. In der gegenwärtigen Situation haben wir die Debatte über die Industrieverbandsfrage zu schließen. Es wäre besser gewesen, die Anträge wären nicht gestellt worden.

Pucher (Schlußwort). Über den Industrieverband ist in Frankfurt, Hamburg und Köln ausführlich gesprochen worden, die Zeit ist nicht gekommen, eine andere Organisationsform zu wählen. Die Urabstimmung bei den Buchdruckern hat diese Ansicht bestätigt. Eine Verminderung im Kampfcharakter hat die Gründung von Industrieverbänden bisher nicht ergeben. Wir arbeiten gemeinsam mit den anderen Verbänden, das beweist auch unser Anschließ an die beiden Internationalen. Wenn die Notwendigkeit eintritt, werden wir uns dem Zusammenschluß nicht entziehen können. Auch in agitatorischer Beziehung bringt der Industrieverband nicht unbedingt Verbesserungen, wie Zusammenhänge beweisen. Es ist nicht böser Wille gewesen, daß die Zinsen aus dem Invalidenfonds anders verrechnet wurden. Die Zinsen können übergeschrieben werden, der Fonds oder die Invaliden werden auf keinen Fall geschädigt. — Wir sind gegen jeden Lohnabbau, gegen jede Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft. Über die Maßnahmen, die zu unternehmen sind, werden wir in geschlossener Sitzung beraten. Die scharfe Sprache in den Verbandsorganen war durchaus angebracht. Das Schlichtungswesen wird in der Hand einer nicht arbeiterfreundlichen Regierung nichts Arbeiterfreundliches bringen. — Es ist uns nicht fremd, daß Betriebsräte nicht genügend über ihre Aufgaben unterrichtet sind, doch finden in allen Städten Bildungskurse für die Betriebsräte statt. Die Altersgrenzen für den Schulbesuch sind vom DGB festgesetzt, in unseren eigenen Kursen machen wir Altersgrenzen nicht. — Was sich die A.G.O.-Leute erlauben, ist empörend. Diese Leute kann man nicht überzeugen, irgendwelche Beschlüsse brauchen wir nicht mehr zu fassen. Mit unserer Praxis kommen wir gut durch, wir haben beiseite eingegriffen. Wir müssen es auch ablehnen, gegen die Nazis besondere Beschlüsse zu fassen,

die vorliegenden genügen. Aufklärung tut not. — In der Internationalen werden wir mitarbeiten, auch an dem Arbeitsprogramm, über das Kuelofs sprach, aber mit gebotener Vorsicht. Den Beschlüssen der Internationalen der Buchdrucker haben wir Rechnung getragen. Über den Stand der Bewegung in Norwegen liegen bestimmte Nachrichten nicht vor. Wir stehen mit ganzer Seele hinter dem Kampf der norwegischen Kollegen, denen wir den besten Erfolg wünschen. Unsere Arbeit war getragen von dem Willen, der Kollegenschaft nach besten Kräften zu helfen.

Es erfolgen die Abstimmungen.  
Nachstehender Antrag wird einstimmig angenommen:

#### Antrag.

Der Verbandstag spricht der Verbandsleitung für die in den letzten drei Jahren geleistete Arbeit volles Vertrauen aus.

Kaß, Lehmeier, Helmberger, Bauer, Leo Koppold, Fichtner, Reckling, Braunwald, Fr. Doeg, Brandt, Marie Joos, Stijel, Franz Strickle, W. Spatzühl, F. Kofe, H. Busse, Spalkhoff, F. Klarholz, Karl Sellge, Walter Hüttig, Franz Müller.

Folgende Entschließung kommt ebenfalls einstimmig zur Annahme.

#### Entschließung.

Der Verbandstag erledigt die Anträge 97 und 99 durch ausdrücklichen Hinweis auf den am Hamburger Verbandstag 1925 einstimmig gefaßten Antrag zur Frage des Industrieverbands.

Dieser Antrag lautet:  
Der Achte Ordentliche Verbandstag in Hamburg beauftragt den Verbandsvorstand, jede vorhandene Möglichkeit, uns dem Industrieverband näherzubringen, auszunutzen. Eine erste Etappe zur Förderung dieses Zieles erblickt der Verbandstag im weiteren Ausbau des Graphischen Bundes. Er verpflichtet alle Zahlstellen erneut auf die Resolution vom Siebenten Verbandstag in Frankfurt a. M.“ (Seite 293 des Protokolls.)

Richard Günther (Berlin), Franz Herrmann, A. Teubrich, F. Urbit, Arthur Bär, Arthur Franz, E. Sorge, Gretel Borkowik, Pohl, Kujath, Oskar Stache, Max Hofmann, Gustav Kühn, Billy Großmann, Richard Borchert, Erich Bauer, Richard Wendisch, Erich Selig, Richard Wokler, Frida Graf, Elisabeth Harder, G. Grohmann, Otto Gloth, Ida Richter, Max Blankenburg, P. Schulze.

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet Stäche (Berlin), 84 Delegierte und 14 Gauleiter sind anwesend, unter ihnen 15 weibliche Delegierte. 35 Delegierte sind über 10 bis 20 Jahre Verbandsmitglied, und 27 über 25 Jahre, davon 6 über 35 Jahre und einer über 40 Jahre. Wahlprotokolle sind nicht eingegangen. Kollege Schulze (Raumburg) konnte wegen eines Unglücksfalles sein Mandat nicht ausüben. Dann begrüßt Kollege Gr undbacher (Bern) im Auftrage des Internationalen Buchdruckersekretariats den Verbandstag. Er macht anschließend längere Ausführungen über die Unterstützungsfaktion für die Kollegen in Norwegen.

(Fortsetzung des Berichts über den Verbandstag folgt in nächster Nummer.)

## Die Arbeitslosenversorgung in der Notverordnung

Die Regelung, die die Arbeitslosenversorgung in der Notverordnung findet, ist von einer außerordentlichen Härte. Das gilt für die entscheidenden Teile der neuen Regelung, nämlich die ungeheuren Kürzungen an den Unterstützungen. Das gilt ebenso für die zahlreichen kleinen und großen, für die Lösung des Gesamtproblems völlig zwecklosen Boshäften, mit denen wohl weniger die Regierung, als ein kleinlicher Bürokratengeist die Notverordnung ausgestattet hat. Jeder kleine, boshafte Vorschlag, den irgendwer in irgendeinem Ministerium seit langem auf Lager hatte, ist schnell noch in die Notverordnung hineingearbeitet worden. Oder glaubten diese Herrschaften, die großen Kürzungen an der Unterstützung genigten noch nicht, das Millionenheer hungernder Arbeitsloser aufzupeitschen? Diese Bemerkung gilt sowohl von der heute völlig sinnlosen Befestigung der neunwöchigen Schutzfrist für den Facharbeiter wie von der Einführung der Pflichtarbeit für alle Arbeitslosen und die Befestigung der bisherigen Schranken für die Pflichtarbeit in einer Zeit, wo Millionen nach Arbeit schreien. Das gilt ebenso für die Wiedereinführung der Bestimmung, daß die Lohnklasse sich nicht aus den letzten 26, sondern aus den letzten 13 Wochen berechnet. Diese 13wöchige Berechnungsperiode war früher eine sehr vernünftige Regelung. Heute führt man sie jedoch nur deshalb wieder ein, weil dadurch immer die letzten Lohnsenkungen auch die Lohnklasse senken. Kleinlich ist obendrein die Bestimmung, wonach der Vorstehende von sich aus anordnen kann, daß gelegentlich auch statt 13 wiederum 26 Lohnwochen die Lohnklasse

bestimmen, nämlich dann, wenn sonst etwa doch ausnahmsweise einmal eine höhere Lohnklasse herauspringen könnte. Kleinlich ist die Bestimmung, daß v e r h e i r a t e t e Frauen nur unterstützt werden können, wenn ihre „Bedürftigkeit“ feststeht, obwohl der gleiche Zweck schon bisher weitgehend durch den § 75a und durch die Anrechnung des Einkommens der Ehegatten erreicht wurde. Verhängnisvoll ist die Bestimmung, die künftig den Hauswirt auf das Arbeitsamt hebt, damit dieses als Pfandungsanstalt dem Hausbesitz zuliebe rückständige Mietbeträge von der sonst als unpfändbar erklärten und obendrein stark gekürzten Unterstützung abzieht. Boshaft und das Arbeitsrecht verlegend ist, daß künftig alle auf Grund des Betriebsratsgesetzes gezahlten Entschädigungen und Abfindungen voll auf die Unterstützungen anzurechnen sind.

Kleinlich und kurzfristig ist die Bestimmung, wonach Krisenunterstützung zurückgezahlt werden muß. Kein Mensch glaubt, daß von den Millionen armer Teufel, die mehr als ein halbes und oft mehr als ein Jahr arbeitslos sind, je die Krisenunterstützung zurückgezahlt wird oder werden kann.

Vom 1. Juli bzw. für die bisherigen Bezüher vom 13. Juli dieses Jahres ab soll allen Arbeitslosen die Unterstützung ungeschweert verfürzt werden. Für die mehr als 3 Millionen Bezüher von Arbeitslosenunterstützung und Krisenunterstützung auf dem Wege über die Abänderungen der Arbeitslosenversicherung, für die eine Million Wohlfahrtserwerbsloser auf

dem Wege über Eingriffe des Reiches in die Fürsorgepflichtverordnung. Diese Ersparungen sollen dadurch herbeigeführt werden, daß die Unterstützungssätze sowohl in der Arbeitslosenversicherung wie in der Krisenunterstützung um 8 bis 15 v. H. heruntergesetzt werden. Die erste Erklärung der Regierung hatte irreführenderweise von einer „prozentigen Kürzung des Einheitslohnes“ geredet. Tatsächlich senkten sich die Unterstützungssätze in folgender Weise:

Lohnklasse	Einheitslohn M.	Vorherige Sätze		Jetzige Sätze		Mitteln weniger M.
		Prozent vom Einheitslohn	M.	Prozent vom Einheitslohn	M.	
I	8,-	75	6,-	70	5,60	0,40
II	12,-	65	7,80	60	7,20	0,60
III	16,-	55	8,80	50	8,-	0,80
IV	21,-	47	9,87	42	8,82	1,05
V	27,-	40	10,80	35	9,45	1,35
VI	33,-	40	13,20	35	11,55	1,65
VII	39,-	37,5	14,63	32,5	12,67	1,96
VIII	45,-	35	15,75	30	13,50	2,25
IX	51,-	35	17,85	30	15,30	2,55
X	57,-	35	19,95	30	17,10	2,75
XI	63,-	35	22,05	30	18,90	3,15

Da die Sätze für die Zuschlagsempfänger in derselben Höhe wie bisher bleiben, würde der in der Tabelle gezeigte Abzug in gleicher Höhe Lebige und Familienväter treffen. Er trifft natürlich auch die Unterstützten, die nach § 105a (Senkung der Lohnklasse, wenn in den letzten 52 Wochen Unterstützung bezogen wurde) die gekürzte Unterstützung beziehen, ebenso die Krisenunterstützten.

Sinzu kommt, daß die Wartezeit ganz allgemein um eine Woche auf 11 Tage respektive 21 Tage verlängert wird, für kinderreiche Familien (vier und mehr Ju-

